



UMWELT-INFO

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

FÜR EINE ENERGIEWENDE

Heizen muss für alle Familien bezahlbar sein. Weg mit der CO₂-Steuer!



Foto: Tim Reekmann / Flickr / CC BY 2.0

Die Gefahren von Umweltzerstörung und Klimaveränderungen für die Existenz der Menschheit sind real. Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind aber weder dazu geeignet, die Beschlüsse des Pariser Abkommens umzusetzen, noch die ökologische Krise aufzuhalten. Sie sind vielmehr ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben. Die angeblich „grüne“ Modernisierung von Produktion und Industrie muss finanziert werden. Sie dient in erster Linie dazu, die Konkurrenzfähigkeit deutscher Konzerne auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Sie sollen gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Dieser Umverteilung von unten nach oben dient auch die CO₂-Steuer. Als verbrauchsbezogene Steuer ist

sie vor allem von der Arbeiterklasse zu zahlen und trifft arme Familien und Geringverdiener besonders hart. Sie wissen ohnehin nicht, wie sie ihre Miete und angesichts der Preisexplosionen die Heizkosten zahlen sollen. Gutverdienenden und Reichen tut die Steuer nicht weh. Die CO₂-Steuer ist Teil eines Steuersystems, in dem der Staat die Allgemeinheit bezahlen lässt, um den Monopolen den „grünen“ Umbau finanzieren zu können.

Die Konzerne müssen zahlen!

Zu der Forderung nach sinnvollen ökologischen Maßnahmen gehören deshalb die Forderungen nach Durchsetzung des Verursacherprinzips und nach einer Millionärs-, einer Reichensteuer. Konzerne und Banken, deren Besitzer, Aktio-

Nord Stream 2 in Betrieb nehmen!

Auch an den explodierenden Energiepreisen soll „der Russe“ schuld sein. Über die künstliche Verknappung der Gaslieferungen treibe Putin die Preise in die Höhe. Dabei hält Russland selbst nach Berichten konservativer Zeitungen die Liefermengen ein. Verzockt haben sich die Energiekonzerne, ihre Spekulation zahlen nun die Verbraucher. Mit ihrer Propaganda wollen die Regierenden – allen voran Bündnis 90/Die Grünen – die neue Pipeline Nord Stream 2 stoppen, um russischen Einfluss zurückzudrängen. Die deutsche Außenpolitik hat im Einklang mit den NATO-Staaten Russland zum Gegner auserkoren, um die militärische Dominanz der NATO zu erhalten. Mit Nord Stream 2 wird daher Politik gemacht.

Um mehr Gas auf den Markt zu bekommen und die Preise zu reduzieren ist das Gegenteil nötig! Nord Stream 2 muss ans Netz. Verursacher der Energiekrise ist nicht „der Russe“, sondern die deutsche Außenpolitik und das chaotische kapitalistische Wirtschaftssystem, das sich ausschließlich an Profiten und nicht an sozialer Sicherheit orientiert.

näre, Finanziere und Nutznießer sind verantwortlich für die umweltschädliche Produktivkraftentwicklung. Sie müssen gezwungen werden zu zahlen.



Grundsätzlich muss es darum gehen, in einem demokratischen Prozess zu entscheiden, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und gleichzeitig ihre Lebensgrundlagen zu erhalten. Dazu muss die Macht der Konzerne zurückgedrängt und gebrochen werden. Das geht nur mit breitem antimonopolistischen Widerstand.

Energiekonzerne enteignen!

Wesentlich für eine wirksame Klimaschutzpolitik sind neben einer Verkehrspolitik, die den Individualverkehr zurückdrängt und den ÖPNV massiv ausweitet, die Produktion und der Verbrauch von Energie. Eine Energiewende ist global und national notwendig. Letztlich geht es um Verstaatlichung der Energiekonzerne unter demokratischer Kontrolle.

Eckpunkte einer Energiewende sind dezentrale Erzeugung, Nachhaltigkeit, die zügige Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe und das Beenden der Energiegewinnung aus Kernspaltung. Das geht nur, wenn die Energieversorgung global und national nicht länger als Ware behandelt wird. Das gilt ebenso für Emissionen und Abfälle der Energieanlagen.

Die Energiekonzerne sind Hauptverursacher der Zerstörung der Umwelt und müssen für die Folgen zahlen. Die Dividenden, die in den letzten zehn Jahren ausgezahlt wurden, sind zu beschlagnahmen, solange es sich bei den Empfängern nicht um kommunale Haushalte oder Klein- und Belegschaftsaktionäre handelt. Dieses Geld und das Vermögen der Konzerne sind in einen nationalen Energiefonds zu überführen, unter anderem um Forschung und den Einstieg in die Vorrangstellung der Nutzung nicht fossiler und nichtatomarer Energieträger zu bewerkstelligen.

Die DKP fordert darüber hinaus einen gesetzlichen Preisstopp unter demokratischer Kontrolle. Die Energieversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Energie muss bezahlbar bleiben. Weitere Informationen hierzu:

www.energiepreisstopp-jetzt.de

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

**Wir schreiben dort
weiter, wo andere Medien
längst schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ – Zeitung der DKP – sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

**Zurück an: Unsere Zeit
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 15
E-Mail: abo@unsere-zeit.de**

Angesichts explodierender Energiepreise fordert die DKP einen gesetzlichen Energiepreisstopp, damit Familien im Winter nicht vor der Entscheidung stehen, ob sie hungern oder frieren müssen. Mit Ihrer Unterschrift können Sie die Kampagne unterstützen.

Ich fordere

- einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.
- Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen einen Energiezuschlag erhalten.
- Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand.

Vorname, Nachname _____

Adresse _____

Unterschrift _____

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

**Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
E-Mail: pv@dkp.de**

dkp.de